

Ökonomisches Expertenwissen ist eine reichhaltige Quelle für Macht und Wissen in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Alltag. Die zeitgenössischen, globalisierten Gesellschaften bieten ökonomischen Experten ein großes Aktivitätsfeld, das sich über unterschiedliche soziale Welten erstreckt. Der gestiegene und in Zukunft wohl weiter steigende Einfluss ökonomischen Expertenwissens geht einher mit der Ausübung von Macht auf internationaler Ebene. Was ist der gesellschaftliche und historische Hintergrund dieser Erscheinung? Im 19. Jahrhundert verordneten Staaten im Rahmen des Imperialismus anderen Ländern ihre Politik; später, im Kalten Krieg, übte der Zwang zur Bündnistreue Einfluss auf die Politik von Staaten aus. Von beiden Situationen sind wir heute weit entfernt. Weder die kolonialistische Gewalt noch der militärische Bündniszwang geben den Ton an. Vielmehr scheint die Globalisierung eigene Formen von Macht und Herrschaft zu entwickeln. Wie funktionieren Herrschaftssysteme in unserer zeitgenössischen Welt und was bedeutet dies für die Strukturen des Sozialen?

2.1 Das neue Gesicht der Macht

Nach Max Weber ist Herrschaft eine institutionalisierte Sozialbeziehung, die eine oder mehrere Gruppen von Individuen dazu veranlasst, der Idee einer oder mehrerer anderer Gruppen freiwillig Folge zu leisten. Um dies zu erreichen, setzen Herrschaftssysteme auch Macht ein. Auch für Marx war Macht in erster Linie ein Zwangsmittel, das auf dem Besitz ökonomischer Ressourcen basierte. Während Weber Macht und Herrschaft gegenüberstellte und Macht mit Gewalt gleichsetzte,

die auf den massiven Einsatz von Geld und Militär basiert, und auch Marx die grobschlächtige, materielle Dimension von Macht unterstrich, haben Kultur- und Diskurstheorien den subtilen Charakter von Macht unterstrichen (Maefße und Nonhoff 2014). Auch der Einsatz ökonomischer Expertise folgt einer solchen kulturell-diskursiven Logik. So hat etwa Foucault (1983) betont, dass Macht Dinge hervorbringt, indem sie unterschiedliche Technologien der Menschenführung einsetzt; nach Bourdieu (1997) dient Macht nicht der gewalttätigen Unterdrückung, sondern der Herstellung sozialer Beziehungen hinter dem Rücken der Akteure. Macht ist ein unschwelliges Strukturierungsprinzip, das durch die Akteure hindurch wirkt und das Soziale an seinen Ursprüngen erfasst. Wie bereits Hannah Arendt (1970) ausgeführt hat, sind Macht und Gewalt nicht identisch: Macht bezeichnet die Konstruktion von Sozialbeziehungen; Gewalt dagegen ist nur der rohe Einsatz von materiellen Ressourcen.

Die Art und Weise, wie Macht und Herrschaft zusammenspielen, hat sich in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten verändert. Während das 19. Jahrhundert noch durch die Etablierung der nationalstaatlichen Macht- und Herrschaftsapparate gekennzeichnet war, die durch Polizei und Militär auf der einen und Wirtschaftsmacht auf der anderen Seite soziale Beziehungen strukturierten und disziplinarische Formen der Menschenführung praktizierten, etablierte sich später, im 20. Jahrhundert, das Bildungs- und Universitätssystem als Macht- und Herrschaftsfaktor, auf das sich auch ökonomische Expertise letztlich stützt. Nicht die autoritäre Disziplinierung der SchülerInnenschaft durch die LehrerInnenschaft ist heute bedeutsam für Macht. Vielmehr werden Individuen durch Appelle an „Eigenverantwortung“ gelenkt und SchülerInnen mithilfe von pädagogisch-didaktischen Lehr-Lern-Modellen „gefördert“. Wer sich diesen Apparaten widersetzt, muss sich die Schuld für das Scheitern selbst zuschreiben. Um begehrte berufliche Positionen zu erlangen, reichen soziales und ökonomisches Kapital längst nicht mehr aus, vielmehr sind hohe und immer höhere Bildungstitel die Eintrittskarte in die Gesellschaft. Bildung und Wissenschaft sind omnipräsente Technologien der Zertifizierung und Klassifizierung, der Legitimierung und Reputationszuschreibung. Als kulturelles und symbolisches Kapital üben sie Macht aus, weil sie verbürgen, rechtfertigen, legitimieren, kategorisieren und autorisieren (Angermüller und Maefße 2014). Insbesondere Experten stehen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft, weil sie aus der einen Welt symbolisches Kapital beziehen, das sie in der anderen einsetzen und damit Anerkennung für ihre akademisch und wissenschaftlich legitimierten Expertisen einfordern. Indem die vorliegende Studie den Zusammenhang von Wissenschaft und Gesellschaft thematisiert, will sie zu einem Forschungsfeld beitragen, das die Rolle von akademischer Reputation öko-

nomischen Expertentums für die Ausübung von Macht in Politik und Gesellschaft untersucht (Lebaron 2006; Fourcade 2006).

Obgleich die Inszenierung ökonomischen Expertentums (Maeße 2012) nur ein Fall unter vielen anderen Formen der symbolischen Machtausübung darstellt, ist auch diese Form der akademisierten „Ökonomisierung des Sozialen“ (Bröckling 2007; Lessenich 2008) letztlich ein exemplarischer Fall einer allgemeinen Tendenz der Verschiebung von Macht und Herrschaft vom kolonialistisch-imperialistischen Souveränismus zu eher diffusen, unsichtbaren und anonym Technologien. Diese Tendenzen wurden nicht nur von Foucault und Bourdieu, sondern vor allem von Deleuze und Guattari thematisiert (siehe etwa Hardt und Negri 2000). Macht und Herrschaft lassen sich nicht mehr einfach greifen und beseitigen, Verantwortliche nicht mehr problemlos benennen und in die Pflicht nehmen, Kausalzusammenhänge zwischen Wirkmechanismen von Macht und Herrschaft nicht ohne weiteres durchschauen, auch wenn die Auswirkungen der Macht heute scheinbar so offensichtlich sind, wie vielleicht nie zuvor. Dies zeigt sich etwa in der massiven Ausweitung, Anhäufung und Monopolisierung ökonomischer, polizeilicher und militärischer Gewaltmittel in den Händen weniger globaler Akteure (Krysmanski 2012; Hufschmid 1994). Reichtum und ökonomische Ungleichheit hat gigantische Ausmaße angenommen. Zum Einsatz dieser Gewaltmittel kommt es allerdings immer nur in Verbindung mit Macht. Macht stützt sich zwar oft auf materielle Gewalt; aber ihr Funktionsprinzip liegt vor allem in der Kraft zur Mobilisierung und Demobilisierung von Menschenmengen durch Diskurse.

Die vorliegende Arbeit versteht sich als ein Beitrag zur Untersuchung der Funktionsweise von Macht und Herrschaft unter den Voraussetzungen der Globalisierung im Bereich ökonomischer Diskurse. Deswegen werden die drei empirischen Kapitel (Kapitel drei, vier und fünf) von zwei Theorie- und Reflexionskapiteln eingefasst (Kapitel zwei und sechs). Ausgehend von der Weltsystemtheorie (Arrighi 1994), dem Neoinstitutionalismus (Meyer 2005) und der Kulturosoziologie (Robertson 1992) wird Globalisierung als das Zusammenspiel von global zirkulierenden Formaten und lokalen Transformations- und Aneignungsdynamiken verstanden. Eine wissenschaftliche Disziplin wie die VWL kann sich nicht hinter den Mauern der Universität verschanzen; sie ist in eben diese globalen Transformationsdynamiken eingebunden, weil sie Herrschaftswissen, Symbole sowie Zertifikate bereitstellt und dadurch auf politische Entscheidungen Einfluss nimmt. Sie ist Produkt und Voraussetzung jener Entgrenzungstendenzen, die in den folgenden Abschnitten umrissen werden. Anders als mitunter so manche staats-, wirtschafts- und derweilen auch gesellschaftsferne Disziplin wird die soziale Welt der akademischen VWL von den Strömen des globalisierten Weltsystems erfasst, von dem sie als soziale Umwelt umgeben ist. Im Wandel der VWL zu einem globalen, oligo-

polistischen, elitären Diskursfeld spiegelt sich eine allgemeiner Wandel der (Welt) Gesellschaft wider (Abschnitte eins bis drei).

Für die Konstruktion sozialer Beziehungen im globalisierten Weltsystem spielen Diskurse und institutionelle Technologien, die in der Anhäufung unterschiedlicher Kapitalsorten münden, eine zentrale Rolle. Gegenüber klassischen, auf den Nationalstaat bezogenen Gesellschaftsvorstellungen und Handlungstheorien sollen in dieser Arbeit die theoretischen Reflexionen aus dem Poststrukturalismus und der Gouvernamentalitätstheorie als Analyseinstrumentarien fruchtbar gemacht werden (Abschnitte vier bis sechs). Das „Soziale“ tritt an die Stelle der „Gesellschaft“, „Institution“ und „Macht“ werden diskurstheoretisch gewendet; an die Stelle einer funktionalistischen Institutionentheorie tritt eine Diskurstheorie institutioneller Technologien der Macht.

Die vorliegende Studie wird vor allem die Rolle des symbolischen und kulturellen Kapitals in den Blick nehmen, das gegenüber ökonomischem und sozialem Kapital zu den subtileren Formen der Macht zählt. Auf der einen Seite wird gezeigt, wie akademische Reputation als „Elite“ entsteht (Kapitel drei bis fünf); auf der anderen Seite wird gefragt, wie die symbolischen Produkte dieser „Elitisierung“ diskursiv in nichtwissenschaftlichen Welten als Macht- und Herrschaftsinstrumente relevant werden (Kapitel sechs). Damit bilden die Arbeiten von Foucault und Bourdieu das theoretische Herzstück dieser Untersuchung (Angermüller 2007; Bernhard und Schmidt-Wellenburg 2012; Hamann 2014). Thematisch nimmt die Studie ihren Ausgangspunkt von wirtschafts- und wissenschaftssoziologischen Forschungsperspektiven, insbesondere von der Erforschung ökonomischen Expertentums (Coates 1993; Yonay 1998; Breslau 2003; MacKenzie 2006; Lebaron 2006; Fourcade 2009; Pahl und Sparsam 2013; Maeße 2013a; Wansleben 2012; Leins 2013; Kessler und Wilhelm 2014; Langenohl 2012; Sennholz-Weinhardt 2014).

2.2 Globalisierung, Entgrenzung und Expertentum

Vor dem Hintergrund der skizzierten Transformationen im Bereich von Macht und Herrschaft haben sich die gesellschaftlichen Strukturen seit der Mitte des 20. Jahrhunderts verändert. Sie bilden den gesellschaftlichen und historischen Kontext, in dem sich die Phänomene entfalten, die in der vorliegenden Studie untersucht werden. Dieser Kontext ist durch drei Merkmale gekennzeichnet, die im folgenden Kapitel skizziert werden sollen. Zunächst können seit dem Ende des zweiten Weltkriegs Tendenzen beobachtet werden, welche die Globalisierungs- und Modernisierungsforschung als *Entgrenzung und Reflexivität* bezeichnet. Spät- oder post-

moderne Gesellschaften laufen der gesellschaftlichen Ausdifferenzierungstendenz in funktional aufeinander bezogene Subsysteme entgegen, die von den Klassikern der Soziologie herausgearbeitet wurde. Wirtschaft und Kultur, Wissenschaft und Politik, Bildung und Macht oder Individuum und Gesellschaft bilden keine separierten Einheiten mehr, sondern hybride Konstrukte. Im Zuge dieser Entwicklung wird, zweitens, Wissen auf den Prüfstand gestellt. *Wissenschaft und Expertentum* erhalten eine neue Rolle in der und für die Gesellschaft, weil sie den akademischen Rationalitätsansprüchen, die Gesellschaften an Wissen stellen, entsprechen. Dieser neue Status wissenschaftlichen Wissens hat Konsequenzen für die Wissenschaftssoziologie. Beide Entwicklungen wiederum stellen, drittens, die analytischen Kategorien der Soziologie vor neue Herausforderungen. Während die Gesellschaft als Gegenstand soziologischer Forschung typischerweise zwischen Handeln und Struktur angesiedelt ist, wird nun *das Soziale als eine pulsierende Struktur* zur Herausforderung für die Gesellschaftstheorie. Wissenssoziologische sowie modernisierungs- und gesellschaftstheoretische Überlegungen gehen ineinander über, weil die Soziologie als eine gegenstandsorientierte Wissenschaft mit historischem Bewusstsein das eine ohne das andere nicht denken kann.

Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems

Die zeitgenössische soziale Welt entspricht nicht mehr den Ordnungsmustern der nationalstaatlich gerahmten „Gesellschaft“. Die 1980er und insbesondere die 1990er Jahre waren geprägt von kontroversen Debatten über die Herausforderungen der Globalisierung in zeitgenössischen Gesellschaften (siehe etwa Martin und Schuhmann 1996; Dörre und Röttger 2006). Dabei standen nicht nur die Gestaltungsmöglichkeiten der auf den Nationalstaat bezogenen politischen Institutionen zur Disposition, auch der sozialwissenschaftliche Gesellschaftsbegriff wurde zunehmend infrage gestellt. Obgleich die Soziologie der Rede von den „Sachzwängen der Globalisierung“ stets kritisch gegenüber stand, bröckelte ihr durch den Strukturfunktionalismus geprägter Gesellschaftsbegriff. Während Talcott Parsons (1985) soziales Handeln noch aus den funktionalen Erfordernissen der nationalstaatlich gerahmten Gesellschaft erklärte, meldeten sich ab den 1970er Jahren immer mehr Stimmen zu Wort, die die Begrenzung der Gesellschaft infrage stellten.

Bereits Luhmanns Weltgesellschaftstheorie (Luhmann 1986) steht der klassischen „Container-Theorie der Gesellschaft“ (Beck 1998, S. 49), die gesellschaftliche Systeme, Gruppen und Identitäten wie auf ein Schachbrett unterschiedlichen, wohl gegliederten, voneinander abgetrennten Bereichen und Funktionen zuordnet, skeptisch gegenüber. Im Zuge der Ablösung stratifikatorischer Differenzierungsformen sieht Luhmann eine funktional differenzierte Gesellschaft entstehen, die im Gegensatz zu Parsons' Strukturfunktionalismus nicht auf Integration sondern

auf Kommunikation basiert (Luhmann 1998). Nicht die Sprache als Zeichen nationaler Zugehörigkeit ist das Medium, in dem sich Sinn manifestiert, sondern Sinn ist das Medium, in dem jedes Subsystem kommuniziert. Unterschiedliche Subsysteme wie etwa Recht, Wirtschaft, Wissenschaft, Erziehung etc., die autopoetisch geschlossen sind und unabhängig von der jeweiligen Nationalsprache auf Grundlage binärer Codes Sinn produzieren, breiten sich weltweit aus. Während die Subsysteme in Parsons' Theorie auf die übergeordneten Erfordernisse der (National-) Gesellschaft funktional bezogen waren, etwa indem das Wirtschaftssystem Anpassungsleistungen vornimmt, das politische System Ziele definiert, das Rechtssystem Integration sicherstellt und das kulturelle System Sinn produziert, fehlt Luhmanns Systemen eine übergeordnete Instanz. Modernisierung und Globalisierung sind parallel verlaufende Prozesse.

Auch die Weltsystemtheorie (Wallerstein 1986; Arrighi 1994; Gunder Frank 1968) hat die Vorstellung einer auf den Nationalstaat bezogenen Gesellschaftsordnung infrage gestellt und auf die globalen Handels- und Produktionsnetzwerke verwiesen, die unterschiedliche Weltregionen, Kulturen und Ökonomien miteinander verbinden. Die Weltsystemtheorie spricht in diesem Zusammenhang von einem fünfhundert- bzw. tausendjährigen Weltsystem, das sich seit der Etablierung der ersten Handelsruten über die eurasische und später die transatlantische Welt entfaltet. Wie bereits die Regulationstheorie (Aglietta 2000) dargelegt hat, reicht die bloße kommerzielle Vernetzung von Weltregionen nicht aus, um von einem Weltsystem als einem sozialen System zu sprechen. Vielmehr macht dies die Entwicklung eines gemeinsamen Akkumulations- und Regulationsregimes notwendig, das die Produktion, Distribution und Akkumulation in soziale Normen und Werte einbettet und durch ein Macht- und Herrschaftssystem absichert.

Folgen wir Arrighis Verbindung von Weltsystemtheorie und Regulationstheorie, dann kann die Weltgesellschaft als ein kapitalistisches Weltsystem beschrieben werden, das durch unterschiedliche historische Hegemonien gekennzeichnet ist (Arrighi 1994). Während die ersten 500 Jahre seit dem zwölften Jahrhundert durch die eruptive Entstehung der morphologischen Grundstrukturen des kapitalistischen Weltsystems ausgehend von Norditalien über Spanien, Frankreich und die ersten globalen Handelsgesellschaften gekennzeichnet waren, etablierte sich im 18. Jahrhundert das Commonwealth unter britischer Führung als erstes global regiertes kapitalistisches Welthandelssystem. Die britische kapitalistische Welthegemonie war gekennzeichnet durch die Industrialisierung der Warenproduktion und die Entstehung nationalstaatlicher Institutionen, zunächst der polizeilich repressiven, später der wohlfahrtstaatlichen Einrichtungen (Foucault 2006). Mit den Welt- und Kolonialkriegen Anfang des 20. Jahrhunderts gerät diese Hegemonie in eine Krise und wird abgelöst durch die US-amerikanische Hegemonie.

Die amerikanische Phase ist gekennzeichnet durch die Einführung eines Weltgeldes, das durch ein Netzwerk wichtiger Zentralbanken unter der Führung der amerikanischen Federal Reserve (Fed) gesteuert wird und die Grundlage eines dicht gestrickten Freihandelssystems ist, das anders als das britische nicht auf Kolonialismus basiert (Pantich und Konings 2008); vielmehr, und dies ist die zweite Errungenschaft der US-Hegemonie, basiert es auf der globalen Institutionalisierung des Nationalstaates nach dem Vorbild westlicher liberaler Marktdemokratien (Meyer 2005). Für die Etablierung dieses Staatensystems spielt die globale Anwendung ökonomischer Expertise eine besondere Rolle (Fourcade 2006). Eine dritte Errungenschaft der US-Hegemonie ist die Etablierung globaler Produktionsnetzwerke unter dem Dach transnationaler Konzerne, die sich auf ein globales Netzwerk von Staaten als Vertrags- und Verhandlungspartner stützen, welche gegebenenfalls die Verträge vor Ort auch juristisch und polizeilich durchsetzen (Altvater und Mahnkopf 1998). Schließlich ist diese Phase durch eine universale Ausbreitung des Bildungssystems zur Reproduktion von Macht und Herrschaft gekennzeichnet (Bourdieu et al. 1981). Durch den immer früher stattfindenden Eintritt mittlerweile aller Gesellschaftsmitglieder in das und die expansive Ausweitung des Bildungswesens auf immer weitere biographische Phasen werden Individuen durch Messverfahren permanent evaluiert und durch Anwendung des Leistungsmythos soziale Ungleichheiten reproduziert (Angermüller und Maeße 2014). Auf diese Weise kann die soziale Machtposition von Eliten, die auf Herkunft basiert (Hartmann 2002), gerechtfertigt und das Scheitern sowie den damit verbundenen sozialen Abstieg der unteren und mittleren Klassen als Ergebnis „mangelnder Leistung“ legitimiert werden.

Nach Arrighi besteht die US-amerikanische Hegemonie (wie jede andere Hegemonie auch) aus drei Phasen: der aufsteigenden Phase (ab Ende des 19. Jahrhunderts), dem hegemonialen Zenit (1945–1970) und der absteigenden Phase (ab 1970). Während die aufsteigende Phase und Teile des Zenits noch durch eine Konsolidierung der internationalen, (post)kolonialen Beziehungen und eine Pazifizierung der Klassenkämpfe sowie durch den fordistischen Ausbau der Industriegesellschaft gekennzeichnet waren, beginnt ab den 1960er/1970er Jahren eine Phase der Finanzialisierung, Kulturalisierung und Liberalisierung. Mit Liberalisierung ist die Deregulierung der industriell bedingten Sozialbeziehungen gemeint, insbesondere die Aufkündigung des Klassenkompromisses zugunsten der Kapitaleseite (Huffschmid 2002; Windolf 2005b); Kulturalisierung bezeichnet die Entstehung der Kulturindustrie (Horkheimer und Adorno 1969), neuer, klassenübergreifender, kommerzialisierter Lebensstilformate (Schulze 2005; Žižek 2002), die Informationsialisierung der Industrieproduktion (Bell 1974; Deutschmann 2002) und die Expansion des Bildungswesens; Finanzialisierung meint schließlich den „nume-

rokratischen“ (Angermüller 2010a, 2012) Umbau lokaler, nationaler und globaler Formen des Regierens (Leyshon und Thrift 1997; Martin 2002; Nölke und Heires 2014) auf der Grundlage meritokratisch geprägter Klassifikationsdiskurse (Angermüller und Maeße 2014). Dies betrifft sowohl die Expansion der Finanzmärkte als auch die Einführung von Rankings und Ratings sowie New Public Management Modelle zur Steuerung der Sozialbeziehungen in Wirtschaftsunternehmen, Verwaltungen und Universitäten. Es ist vor allem diese letzte, absteigende Phase der US-amerikanischen Hegemonie im kapitalistischen Weltsystem, die mit dem Begriff Globalisierung bezeichnet wird, weil nicht nur die ökonomische Morphologie in Form von Distributionsnetzwerken weltgesellschaftlich geformt ist, sondern weil nun auch organisatorische Formate, soziale Beziehungen und kulturelle Praktiken eine globale Dimension entfalten (Robertson 1992; Lash 1996; Jameson 1997).

Entdifferenzierung und Postmoderne

Ausgehend von diesen kulturellen und sozialen Entgrenzungen auf der institutionellen Ebene im entfalteten kapitalistischen Weltsystem verweisen kulturtheoretische Ansätze auf den hybriden Charakter von Sinn und Wissen. Während die phänomenologische Wissenssoziologie im Anschluss an Durkheim noch die kollektiv verbindlichen, von allen Gesellschaftsmitgliedern geteilten Wissens- und Sinnhorizonte hervorhebt (Berger und Luckmann 2000), unterstreicht etwa Robertson (1992) den globalen Charakter weltgesellschaftlicher Beziehungen. Auf der einen Seite überschreiten kulturelle Güter und Praktiken wie etwa Essgewohnheiten, Kunst, Nachrichten etc. den nationalen Rahmen und entwickeln sich zu global zirkulierenden Symbolen; auf der anderen Seite werden diese Symbole aber lokal unterschiedlich interpretativ angeeignet (Angermüller et al. 2011). Sinn ist demnach nicht das Produkt innersystemischer Kommunikation, sondern entsteht im Zuge der Globalisierung in der lokalen Aneignung globaler Symbole. Aus neo-institutionalistischer Sicht hat Meyer (2005) diese globale Entgrenzungsdynamik mit dem Begriff der Weltkultur bezeichnet. Die Weltkultur ist ein symbolischer Bezugspunkt für regionale Transformationsdynamiken. Ausgehend von der westlichen Welt entfalten Institutionen wie beispielsweise Bildung, Demokratie, Individualismus etc. eine isomorphe Wirkung. Dies führt zu Anpassungsprozessen, die schließlich auf eine Transformation der Weltgesellschaft nach westlichem Vorbild hinauslaufen. Wie Münch (2009) am Beispiel des Bildungswesens zeigt, übt die Weltkultur Druck auf nationale Bildungssysteme aus (Maeße 2010c). Sie ist ein symbolisches Kapital, das Legitimität für Reformen erzeugt und zur Entstehung von hybriden Strukturen zwischen Weltkultur und nationalen Entwicklungspfaden führt (Münch 2009, S. 60). Auf den hybriden Sinn der Globalisierung haben auch

die *postcolonial studies* hingewiesen (Hall 2000). Identitäten sind nicht mehr kulturell fixierbar, sondern gleiten über differente Erfahrungskontexte hinweg.

Die globale Entgrenzung symbolischer und institutioneller Bezugssysteme stellt nicht nur die Gesellschaftstheorie vor neue Herausforderungen, sondern auch die Modernisierungstheorie. Während die Klassiker der Modernisierungssoziologie ausgehend von Durkheim, Marx und Weber die Gesellschaft als das Produkt von funktionaler Ausdifferenzierung, Industrialisierung und polit-ökonomischer Regulation sowie fortschreitender Bürokratisierung beschreiben, haben im letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts neuere Ansätze der Modernisierungssoziologie eine Reflexivität, Entdifferenzierung und Verwissenschaftlichung der Gesellschaft beobachtet. Die Reflexivitätssoziologie (Beck et al. 1996) weist etwa darauf hin, dass die moderne Gesellschaft nicht mehr darauf zielt, sich im Sinne der Aufklärung von traditionellen Wurzeln und natürlichen Zwängen zu befreien (Habermas 1983).

Vielmehr zielt das Projekt einer reflexiven Moderne auf die Konsequenzen des eigenen Handelns ausgehend von einer erfolgreichen Modernisierung im Sinne der Aufklärung. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa die Umweltprobleme, die als Resultat erfolgreicher Modernisierung neuartige Probleme von globaler Reichweite erzeugen und neue Expertensysteme auf den Plan rufen (Beck 1988). Gegenüber einer fortlaufenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft beobachten Lash und Urry (1987) eine Verwischung der Grenzen der Gesellschaft. Während für Parsons Kultur, Wirtschaft, Sozialintegration und Macht noch als Systeme gedacht wurden, die von einander geschieden sind, setzt nun ein Prozess der Entdifferenzierung ein (Eisenstadt 2000). Die Wirtschaft wird kulturalisiert, das Soziale ökonomisiert und die Kultur vermachtet. Wenn aber die Idee einer in getrennte Sinnsphären geordneten Gesellschaft problematisch wird, dann stellt dies die Einheit der Gesellschaft infrage. Ambivalenzen und Risiken treten gegenüber einem linear verstandenen Modernisierungsverlauf in den Vordergrund (Baumann 2005). An die Stelle geordneter Sinnbezüge treten Komplexitätsprobleme, die nach immer neuen Lösungen verlangen. Über unterschiedliche Forschungsfelder hinweg betont die Soziologie die Rolle von Vertrauen für die Stiftung funktionierender Sozialbeziehungen etwa dann, wenn klassische „Integrationsmechanismen“ nicht mehr vorbehaltlos unterstellt werden können (siehe etwa Hartmann und Offe 2001).

Die globale, äußere Entgrenzung der Gesellschaft scheint mit einer nach innen gerichteten Entgrenzung standardisierter Sinnformen einher zu gehen. Wenn die containerartig geformte Gesellschaft implodiert, dann explodiert der soziale Sinn (Stäheli 2000). Die modernisierungssoziologische Reflexivität und Unsicherheit spiegelt sich in einer sozialtheoretischen Hybridisierung von Sinn wider. In diesem

Zusammenhang kommt Wissenschaft, Bildung und Expertenwissen eine bedeutende Rolle zu. Weil althergebrachte Problemlösungsstrategien nicht mehr ohne weiteres greifen (Beck et al. 1996) und traditionelle Autoritäten an Ansehen verloren haben (Münch 2009), greifen die Individuen auf allen Ebenen des Sozialen, von der Ernährungsberatung im Alltag über professionelle Beratung von Eltern, von der technischen Lösung von Umweltproblemen bis zu Gesellschaftssteuerung, in Regierungshandeln und Wirtschaftsmanagement zunehmend auf Expertenwissen zurück (Lash 1996).

Expertenwissen und Reflexivität

Expertensysteme geben eine Antwort auf zwei Grundprobleme reflexiver Gesellschaften. Einerseits schaffen sie Vertrauen, weil das Wissen, das sie der Öffentlichkeit bereit stellen, durch die institutionelle Position der Experten autorisiert wird; andererseits rationalisieren sie Wissen, weil es aufgrund seiner Wissenschaftlichkeit von traditionellen Autoritätsansprüchen entbunden ist und diskursiv infrage gestellt werden kann. Während die traditionelle Modernisierungssoziologie die integrative Kraft von Werten und Normen betonte, werden in der reflexiven Modernisierungstheorie solche fixen Sinnbezüge aufgelöst. Auch wenn die Theorie reflexiver Modernisierung zumindest in Teilen eine modernisierungssoziologische Zurückweisung der neo-marxistischen und post-marxistischen Theorien der Postmoderne war (Angermüller 2008), bestätigt sie doch wichtige Tendenzen insbesondere auf der kulturellen Ebene des nun auf mehreren Ebenen global entfalteten kapitalistischen Weltsystems. Denn die Vieldeutigkeit und Interpretationsbedürftigkeit von Identitäten, institutionellen Modellen, Ideen und anderen kulturellen Formen ist kein Hindernis, sondern die Bedingung kultureller Globalisierung. Nur unter dieser Voraussetzung können globale Modelle multiple regionale, historische, politische und ideologische Kontexte kommunikativ erreichen. Expertenwissen und eine damit verbundene Reputation etwa akademischer Akteure muss immer auch schwammig bleiben, weil es nicht um die Präsentation passender gesellschaftlicher Problemlösungen etwa im Bereich der Wirtschaftssteuerung geht, sondern um die diskursive Findung vielfältiger Lösungsoptionen für kulturelle Adaptions- und Anschlussprozesse auf den Ebenen staatlicher, unternehmerischer, medialer, zivilgesellschaftlicher und Bildungsinstitutionen.

Die zunehmende Bedeutung wissenschaftlichen Expertenwissens für die Gesellschaft diagnostizieren auch die Theoretiker der post-industriellen Gesellschaft (Bell 1973). Während die industrielle Gesellschaft noch durch die Strukturen der industriellen Arbeitsorganisation, der taylorisierten Lebensrhythmen und der organisierten, funktional differenzierten Arbeitsteilung gekennzeichnet war, ist die post-industrielle Gesellschaft nicht etwa durch weniger Industrie, sondern durch

Eliteökonomen

Wissenschaft im Wandel der Gesellschaft

Maeße, J.

2015, VIII, 246 S. 28 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07337-4